

Autorenversion; dieser Artikel wurde in der Zeitschrift für Parlamentsfragen veröffentlicht.

<http://dx.doi.org/10.15488/11967>

# **Die Sozialstruktur der deutschen Parteimitgliedschaften. Empirische Befunde der Deutschen Parteimitgliederstudien 1998, 2009 und 2017**

Markus Klein, Philipp Becker, Lisa Czeaczinski, Yvonne Lüdecke, Bastian Schmidt und Frederik Springer

Die regelmäßige Berichterstattung über die Mitgliedschaften der deutschen Parteien hat in der Zeitschrift für Parlamentsfragen eine lange Tradition. Seit 2001 legt Oskar Niedermayer in jedem Jahrgang differenziert die Entwicklung der Mitgliederzahlen dar.<sup>1</sup> Die Datengrundlage dieser Publikationen bilden die von den Parteien geführten Mitgliederverzeichnisse. Niedermayer informiert auch über die Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften im Hinblick auf die beiden Merkmale Geschlecht und Alter. Dies sind die einzigen soziodemographischen Variablen, die in den Mitgliederverzeichnissen aller Parteien einigermaßen verlässlich erfasst sind. Im Falle der beiden Unionsparteien kommt noch die Konfessionszugehörigkeit zum Zeitpunkt des Parteibeitritts hinzu.

So wichtig die von Niedermayer regelmäßig publizierte Zahlen sind, so notwendig ist ihre Ergänzung um detaillierte Informationen über die Zusammensetzung der deutschen Parteimitgliedschaften hinsichtlich weiterer sozialstruktureller Merkmale. Solche Informationen können allerdings nur im Rahmen groß angelegter Befragungen generiert werden, die in den wichtigsten deutschen Parteien gleichzeitig mit einem weitgehend identischen Fragebogen auf der Grundlage bundesweit repräsentativer Stichproben durchgeführt werden. Solche umfassenden nationalen Parteimitgliederstudien hat es in Deutschland bislang dreimal gegeben.

## **1. Die Deutschen Parteimitgliederstudien 1998, 2009 und 2017**

Die Durchführung einer nationalen Parteimitgliederstudie ist kein leichtes Unterfangen. In erster Linie benötigt man die Bereitschaft der Parteien, bei der Befragung ihrer Mitglieder zu kooperieren. Diese Bereitschaft ist insofern nicht selbstverständlich, als die Parteien bei einem solchen Projekt weder den Zeitpunkt der Befragung noch den Inhalt des Fragebogens beeinflussen können. Da die Entscheider innerhalb der Parteien eine nationale Parteimitgliederstudie nicht ausschließlich oder auch nur vorrangig unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten

wahrnehmen und beurteilen, gilt es zuweilen die Befürchtung auszuräumen, dass die Durchführung einer solchen Studie zu viele Ressourcen einer Partei beansprucht oder aber die Veröffentlichung der Ergebnisse ihr politisch schadet. Und so gab es denn auch bei allen drei Parteimitgliederstudien die Situation, dass eine Partei zwischenzeitlich die Kooperation aufkündigen wollte. Als weitere Schwierigkeit kommt hinzu, dass nationale Parteimitgliederstudien extrem kostenaufwendig sind und von Drittmittelgebern mit nicht unerheblichen Summen finanziert werden müssen.

Wilhelm Bürklin und Carsten Zelle kommt das Verdienst zu, im Jahr 1998 die erste umfassende Parteimitgliederstudie in Deutschland durchgeführt zu haben. Dieses – damals in Anlehnung an die universitäre Zugehörigkeit der beiden Wissenschaftler zunächst als „Potsdamer Parteimitgliederstudie“ bezeichnete – Projekt wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziert. Nach dem Wechsel von Wilhelm Bürklin in die Wirtschaft und dem frühen Tod von Carsten Zelle wurde die ebenfalls von der DFG finanzierte Folgestudie 2009 von Ulrich von Alemann (Düsseldorf) und Markus Klein (Hannover) geleitet. Diese nunmehr als „Deutsche Parteimitgliederstudie“ bezeichnete Befragung stellte im Wesentlichen eine Fortschreibung der Studie aus dem Jahr 1998 dar und profitierte enorm von den Vorarbeiten Wilhelm Bürklins und Carsten Zelles. Eine dritte Befragungswelle im Jahr 2017 wurde nach der zwischenzeitlichen Pensionierung Ulrich von Alemanns von Markus Klein und Tim Spier (Siegen) erneut unter dem Titel „Deutsche Parteimitgliederstudie“ erfolgreich bei der DFG beantragt und durchgeführt. Tragischerweise verstarb Tim Spier im Jahr 2017 kurz nach der Beendigung der Feldphase. Um seinen Projektteil an der Universität Siegen zu Ende führen zu können, trat vor Ort dankenswerterweise Christoph Strünck in die organisatorische Verantwortung ein.

Die für Deutschland verfügbaren Parteimitgliederstudien decken mittlerweile also einen Zeitraum von knapp zwanzig Jahren ab. Um die Ergebnisse von Umfragen, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten durchgeführt wurden, sinnvoll miteinander vergleichen zu können, müssen bestimmte Bedingungen erfüllt sein: So sollten das Erhebungsformat, das Fragenprogramm und die Gestaltung des Fragebogens nach Möglichkeit weitgehend konstant bleiben. Auch sollten sich die Details der Feldarbeit nicht wesentlich voneinander unterscheiden. Im Idealfall sollten außerdem auch die Ausschöpfungsquoten der verschiedenen Befragungen möglichst identisch sein, um Verzerrungen der Ergebnisse durch unterschiedliches Teilnahmeverhalten ausschließen zu können. Vor dem Hintergrund dieser methodischen Anforderungen ist es unvermeidlich, dass die Deutschen Parteimitgliederstudien wesentlich durch einige grundlegende

Entscheidungen geprägt sind, die bereits 1998 im Rahmen der Potsdamer Parteimitgliederstudie getroffen wurden.

Alle Studien wurden durchgängig als schriftliche Befragungen angelegt. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Der erste und wichtigste Grund besteht darin, dass eine schriftliche Befragung in der Feldarbeit so abgewickelt werden kann, dass die Parteizentralen keine Mitgliederdaten an die Forscher herausgeben müssen. Dem Datenschutz kann damit hervorragend Rechnung getragen und den Teilnehmern der Studie glaubwürdig die Anonymität ihrer Angaben garantiert werden. Hinzu kommt, dass sich mit schriftlichen Befragungen – zumindest wenn sie gemäß der Total-Design-Method (TDM) von Don Dillman<sup>2</sup> durchgeführt werden – vergleichsweise hohe Rücklaufquoten erzielen lassen. Ein weiterer Grund besteht darin, dass in den zentralen Mitgliederverzeichnissen der Parteien bis heute nicht für alle Mitglieder eine aktuelle Telefonnummer oder gar E-Mailadresse erfasst ist, so dass die Kontaktaufnahme mit den in die Stichprobe gezogenen Personen ohnehin per Post erfolgen muss. Prinzipiell wäre es möglich gewesen, schriftlich zur Teilnahme an einer Online-Befragung einzuladen. Im Jahr 1998 war die Verbreitung privater Internetanschlüsse aber bei weitem noch nicht so hoch wie heute. Bei den beiden Nachfolgestudien sollte dann ein Bruch im Erhebungsformat vermieden werden. Außerdem wurden aufgrund des hohen Altersdurchschnitts der Untersuchungspopulation und ihrer daraus resultierenden eher geringen Internetaffinität niedrigere Rücklaufquoten befürchtet.

Die wichtigsten Eckpunkte bei der praktischen Durchführung der Deutschen Parteimitgliederstudien waren die folgenden: Untersucht wurden die jeweils im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien. Eine Ausnahme stellte im Jahr 2017 die FDP dar. Diese wurde trotz ihres zwischenzeitlichen Ausscheidens aus dem Bundestag in der Untersuchung belassen, um die Zeitreihe nicht vorschnell zu unterbrechen. Die AfD hingegen war 2017 nicht Gegenstand der Untersuchung, weil sie zum Zeitpunkt der Datenerhebung noch nicht im Bundestag vertreten war.<sup>3</sup> Die Stichproben wurden jeweils von den Parteizentralen zu einem einheitlichen Stichtag aus den Mitgliederverzeichnissen gezogen. Das Vorgehen war dabei von den Primärforschern detailliert vorgegeben und für alle Parteien und für alle Befragungszeitpunkte einheitlich. Die Stichproben umfassten bei den bundesweit operierenden Parteien jeweils 3.000 Personen und bei der nur in Bayern vertretenen CSU 2.000 Personen. Bei den nicht auf ein Bundesland beschränkten Parteien waren die Stichproben außerdem disproportional geschichtet: Bei der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP umfassten sie jeweils 2.000 Personen aus West- und weitere 1.000 Personen aus Ostdeutschland. Im Falle der PDS beziehungsweise der Linken verhielt es sich etwas komplizierter: Da die PDS im Jahr 1998 im Kern noch eine auf

die neuen Bundesländer beschränkte Regionalpartei war, umfasste die Stichprobe damals nur 2.000 Personen aus Ostdeutschland. Bei den späteren Studien wurden aufgrund der bundesweiten Ausdehnung ihrer Nachfolgeorganisation „Die Linke“ zusätzlich 1.000 Personen aus Westdeutschland berücksichtigt. Insgesamt umfassten die Stichproben der Deutschen Parteimitgliederstudien folglich 16.000 Personen im Jahr 1998 und jeweils 17.000 Personen zu den beiden folgenden Zeitpunkten.

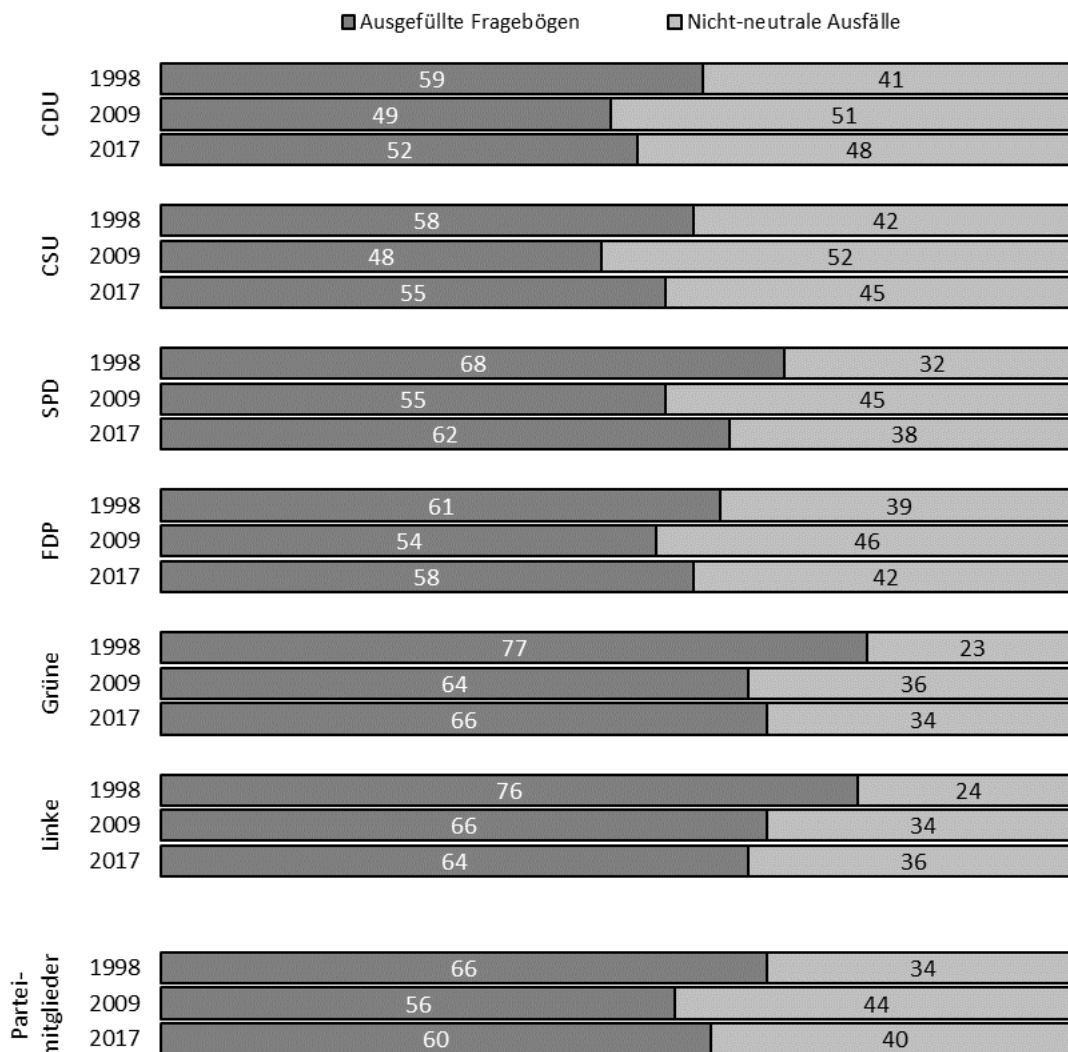
Der Versand der schriftlichen Befragungsmaterialien erfolgte über die Parteien.<sup>4</sup> Hierfür wurden die Adressen der in die Stichprobe gezogenen Personen auf Adressetiketten gedruckt und diese dann in den Parteizentralen beziehungsweise bei deren Dienstleistern auf die Versandtaschen aufgebracht. Die persönlichen Daten der Befragungsteilnehmer gerieten so zu keinem Zeitpunkt in den Besitz der Forscher der Parteimitgliederstudien. Die mitverschickten Rücksendeumschläge waren jeweils an die die schriftliche Befragung koordinierende Universität adressiert.<sup>5</sup> Die Befragungsteilnehmer konnten sich so sicher sein, dass der von ihnen ausgefüllte Fragebogen nicht in den Parteizentralen eingesehen wird.

Die schriftliche Befragung lief in enger Anlehnung an die Empfehlungen der TDM ab: Zunächst wurde ein vom Bundesgeschäftsführer beziehungsweise Generalsekretär der jeweiligen Partei unterzeichneter Ankündigungsbrief verschickt. Eine Woche später folgte der eigentliche Fragebogen samt Umschlag für die kostenlose Rücksendung. Wieder eine Woche später wurde an alle in der Stichprobe befindlichen Personen ein kombiniertes Erinnerungs- und Dankeschreiben verschickt. Nach weiteren zwei Wochen wurde denjenigen Personen, die bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht geantwortet hatten, der Fragebogen samt Rücksendeumschlag ein weiteres Mal zugeschickt. Diese gezielte Kontaktierung war möglich, da auf den Versandmaterialien jeweils eine eindeutige Fragebogensnummer aufgebracht war und der Rücklauf folglich kontrolliert werden konnte. Wiederum zwei Wochen später wurde an die Empfänger des zweiten Fragebogens ein weiteres kombiniertes Dankes- und Erinnerungsschreiben verschickt.

Die Fragebögen wurden als Broschüren mit immerhin 24 Seiten gestaltet. Für jede Partei gab es dabei eine spezifisch angepasste Version. Bei der inhaltlichen Gestaltung wurde darauf geachtet, dass die wichtigsten Fragen der Potsdamer Studie in den beiden Nachfolgestudien jeweils identisch repliziert wurden, um einen unverzerrten Zeitvergleich zu ermöglichen. Auch das Layout der Fragebögen stimmte in den ersten beiden Befragungswellen weitgehend überein. Bei der Befragung des Jahres 2017 waren einige gestalterische Anpassungen vorzunehmen, da aus Kostengründen von der bislang praktizierten manuellen Datenerfassung auf das elektronische Einlesen der Antworten umgestellt wurde.

In Abbildung 1 sind die Ausschöpfungsquoten der drei Parteimitgliederstudien jeweils differenziert nach den Parteien sowie für alle Parteimitglieder insgesamt dokumentiert. Dabei fällt zunächst ins Auge, dass sich die Ausschöpfungsquoten mit insgesamt 66, 56 und 60 Prozent auf einem erfreulich hohen Niveau bewegen. Angesichts des vergleichsweise umfangreichen und komplexen Fragebogens ist dies keine Selbstverständlichkeit. Gleichzeitig ist festzuhalten, dass die Ausschöpfungsquote im Zeitverlauf zwar eine rückläufige Tendenz aufweist, dieser Rückgang aber nicht dramatisch ausfällt. Auch zwischen den Parteien bestehen Unterschiede in den Rücklaufquoten. Diese sind in unserer Wahrnehmung aber nicht so gravierend, dass sie einen Vergleich der Befragungsergebnisse unmöglich machten. Eine Besonderheit der Deutschen Parteimitgliederstudien besteht darin, dass zeitgleich zu den Befragungen der Parteimitglieder jeweils eine repräsentative Bevölkerungsbefragung durchgeführt wurde, um Vergleiche mit den Wählerschaften der Parteien sowie der Bevölkerung insgesamt vornehmen zu können. Die im Folgenden berichteten Zahlen für die Verteilung der untersuchten Merkmale in der Bevölkerung entstammen diesen Befragungen.<sup>6</sup> Eine Ausnahme bilden nur die Daten zur Verteilung der formalen Bildungsabschlüsse in der Bevölkerung. Diese wurden auf der Grundlage des Mikrozensus rekonstruiert.<sup>7</sup>

Abbildung 1: Die Rücklaufquoten der Deutschen Parteimitgliederstudien 1998, 2009 und 2017 (differenziert nach Parteien sowie insgesamt)



## 2. Geschlecht

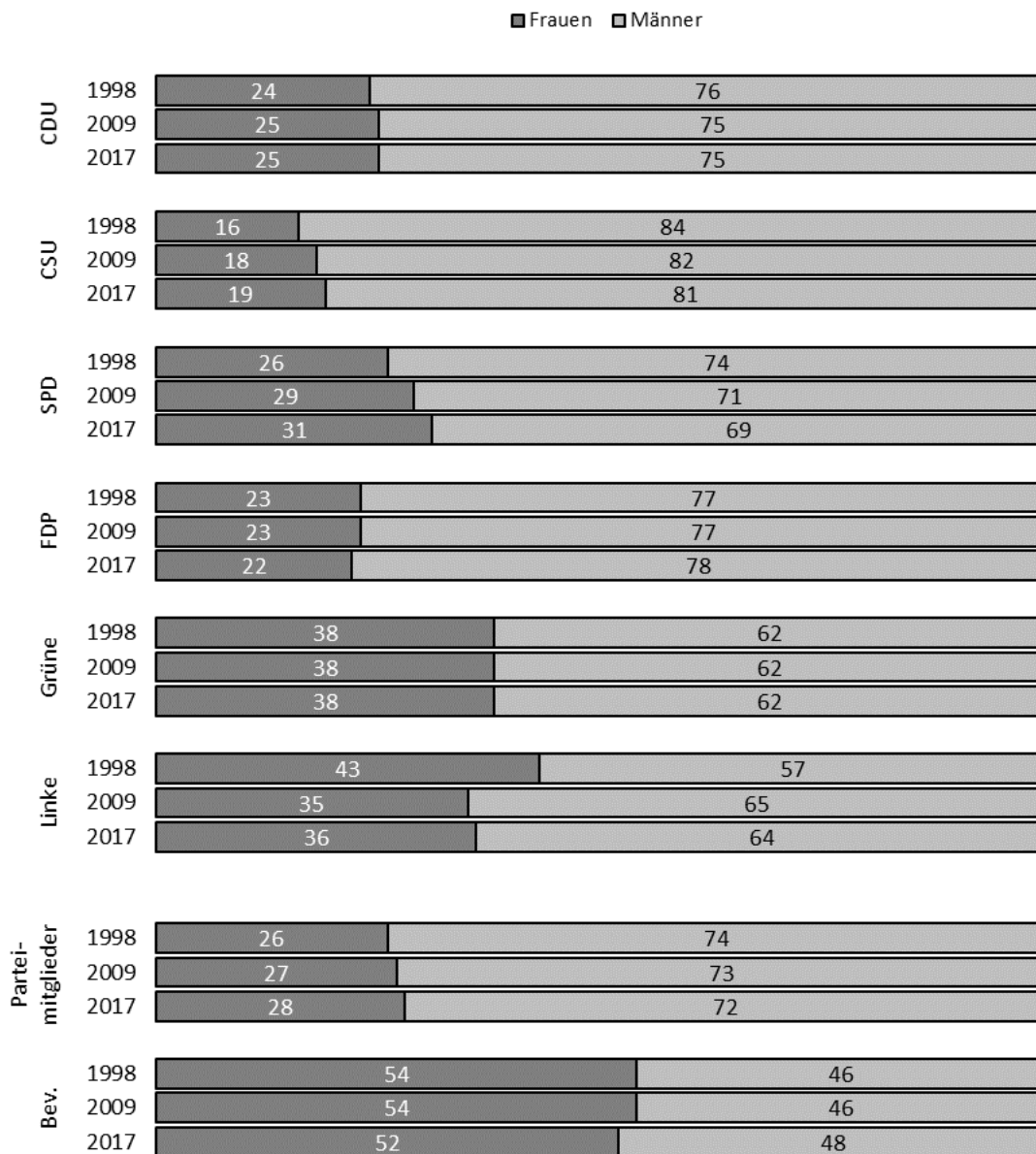
Die Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften bezüglich des Geschlechts kann prinzipiell auch den eingangs zitierten Veröffentlichungen von Oskar Niedermayer entnommen werden. Gleichwohl werden hier aus Gründen der wissenschaftlichen Redlichkeit die entsprechenden Daten der drei Parteimitgliederstudien dokumentiert. Durch einen Vergleich der in Abbildung 2 wiedergegebenen Zahlen mit denjenigen von Niedermayer kann nämlich die Qualität der Datenerhebung beurteilt werden. Da sich die Zahlen von Niedermayer auf die Grundgesamtheit beziehen, würden größere Abweichungen zwangsläufig darauf hindeuten, dass im Rahmen der Deutschen Parteimitgliederstudien entweder Fehler bei der Stichprobenziehung passiert wären und/oder eine verzerrte Ausschöpfung der Stichproben vorliegen würde. Hierfür lassen sich

aber keine Indizien finden. Analoges gilt im Übrigen auch für die im nächsten Abschnitt berichtete Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften nach dem Alter.<sup>8</sup>

Die in diesem und allen folgenden Abschnitten präsentierten Zahlen beruhen auf gewichteten Daten. Bei parteispezifischen Auswertungen mussten aufgrund der disproportionalen Schichtung der Stichproben die Befragten so gewichtet werden, dass im Ergebnis die tatsächliche Verteilung der Mitglieder auf West- und Ostdeutschland hergestellt wird. Bei den Auswertungen für die Parteimitglieder insgesamt wurden die Mitglieder der Parteien darüber hinaus auch noch nach Maßgabe der Mitgliederzahlen der Parteien gewichtet. Im Ergebnis entsprach so der Anteil der Mitglieder einer Partei in den analysierten Daten ihrem Anteil an der gesamten Mitgliedschaft aller untersuchten Parteien.

Ausweislich dieser Daten sind Frauen in den deutschen Parteien im Vergleich zur Bevölkerung deutlich unterrepräsentiert im Sinne deskriptiver Repräsentation, und dies hat sich im Verlauf der letzten zwanzig Jahre auch kaum verändert: Betrug der Anteil der Frauen an den Parteimitgliedern insgesamt 1998 26 Prozent, so ist er bis 2017 nur auf 28 Prozent gestiegen. Im Jahr 2017 lag der Frauenanteil mit 38 Prozent bei Bündnis 90/Die Grünen am höchsten, ohne dass sich dies aber seit 1998 verändert hätte.<sup>9</sup> Auch bei der CDU und der FDP ist der Frauenanteil weitgehend konstant, allerdings mit jeweils ungefähr einem Viertel auf einem deutlich geringeren Niveau. Den größten Anstieg verzeichnete die SPD mit fünf Prozentpunkten im Untersuchungszeitraum (von 26 auf 31 Prozent). Eine leichte Steigerung von 16 auf 19 Prozent ist ebenfalls bei der CSU zu beobachten. Dies ändert aber nichts daran, dass die CSU zu allen drei Zeitpunkten die Partei mit dem geringsten Frauenanteil ist. Ein deutlicher Rückgang lässt sich bei der Linken beobachten. 1998 lag der Frauenanteil in der damaligen PDS noch bei 43 Prozent. Im Jahr 2017 hatte er sich auf 36 Prozent verringert, womit die Linke zu diesem Zeitpunkt aber immer noch den zweithöchsten Frauenanteil aller Parteien aufweist.

Abbildung 2: Die Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften und der Bevölkerung nach Geschlecht (1998, 2009 und 2017)



### 3. Alter

Die in Abbildung 3 dokumentierte altersmäßige Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften weist dramatische Entwicklungen auf. So entsprach der Anteil der mindestens 65-Jährigen noch 1998 mit 25 Prozent exakt ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung. Bis 2017 ist dieser dann aber sprunghaft auf fast 50 Prozent angestiegen, während in der Bevölkerung lediglich 27 Prozent dieser Altersgruppe angehören (und damit nur zwei Punkte mehr als 19 Jahre zuvor). Dies zeugt von einem Prozess der massiven Überalterung. Ungefähr jedes achte Parteimitglied ist gegenwärtig mindestens 80 Jahre alt. Vor dem Hintergrund der durchschnittlichen

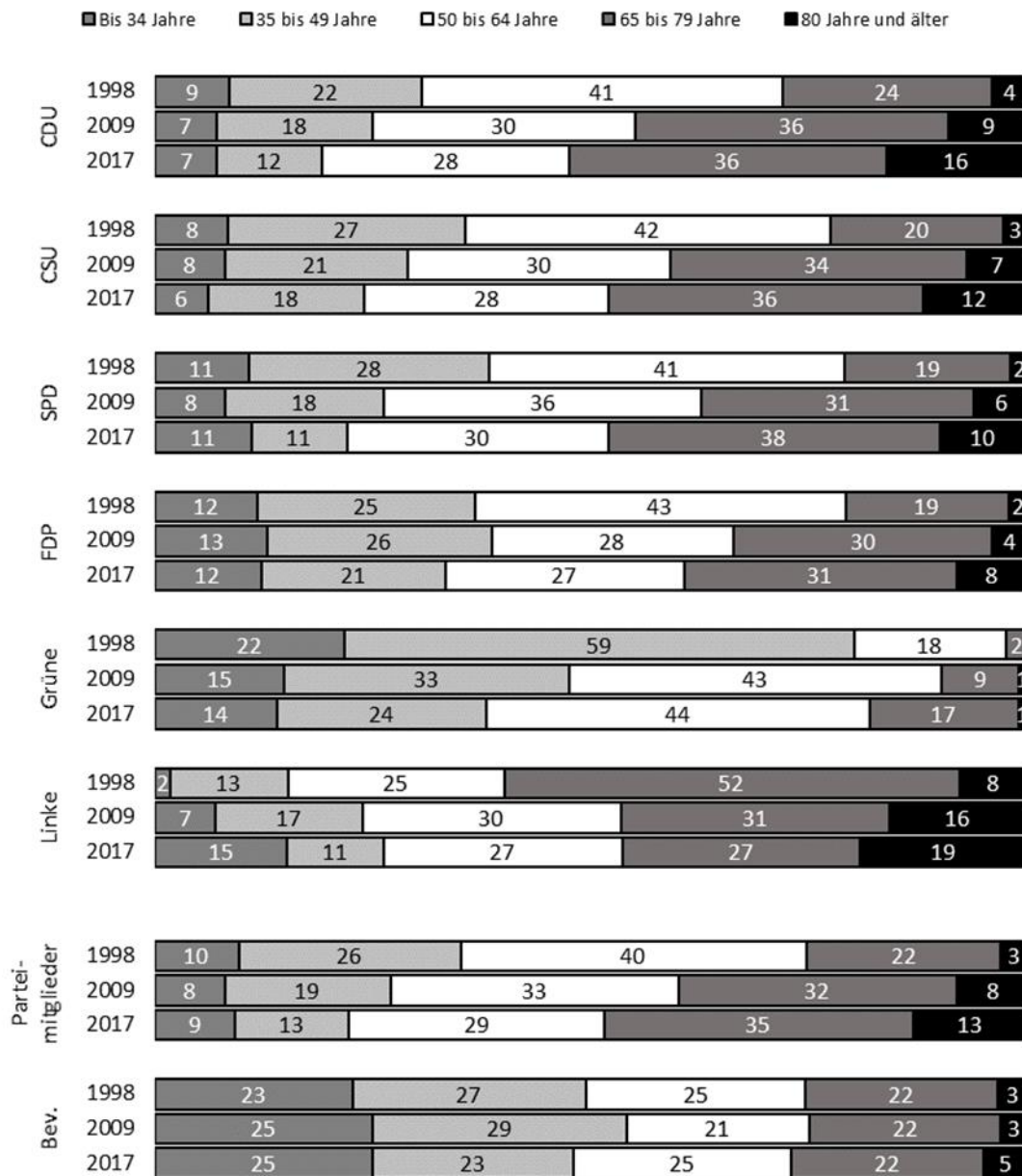


Lebenserwartung in Deutschland ist folglich in den nächsten Jahren mit deutlichen Mitglieder-  
verlusten der politischen Parteien zu rechnen. Angesichts der altersmäßigen Zusammensetzung  
ihrer Mitgliedschaften sollten hiervon besonders die Linke, die CDU, die CSU und die SPD  
betroffen sein.

Von einem substantiellen Mitgliederverlust durch das Ableben einer nennenswerten Zahl von  
Mitgliedern ist Bündnis 90/Die Grünen von allen Parteien noch am weitesten entfernt. Der An-  
teil der mindestens 80-Jährigen an ihrer Mitgliedschaft beträgt nur ein Prozent. Allerdings lässt  
sich auch bei ihnen eine deutliche Alterung beobachten: Waren 1998 noch 81 Prozent der Mit-  
glieder jünger als 50 Jahre, so ist dieser Anteil bis 2017 um mehr als die Hälfte auf 38 Prozent  
geschrumpft.

Überaus ambivalent ist die Entwicklung bei der Linken. Im Jahr 1998 waren 60 Prozent der  
Mitglieder der damaligen PDS mindestens 65 Jahre alt. Zurückzuführen war dies auf eine rela-  
tiv große Zahl von Mitgliedern der ehemaligen SED, die der PDS die Treue hielten. Durch das  
Hinzukommen neuer Mitglieder ist 2017 der Anteil der mindestens 65-Jährigen zwar auf „nur  
noch“ 48 Prozent zurückgegangen, aber immerhin sind auch 19 Prozent der Mitglieder 80 Jahre  
und älter. Gleichzeitig ist der Anteil der unter 35-Jährigen in der Linken zwischen 1998 und  
2017 auf 15 Prozent angestiegen. Die Linke hat damit mittlerweile proportional die meisten  
jungen Mitglieder, ausgesprochen knapp vor Bündnis 90/Die Grünen mit 14 Prozent.

Abbildung 3: Die Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften und der Bevölkerung nach Alter (1998, 2009 und 2017)



#### 4. Formale Bildung

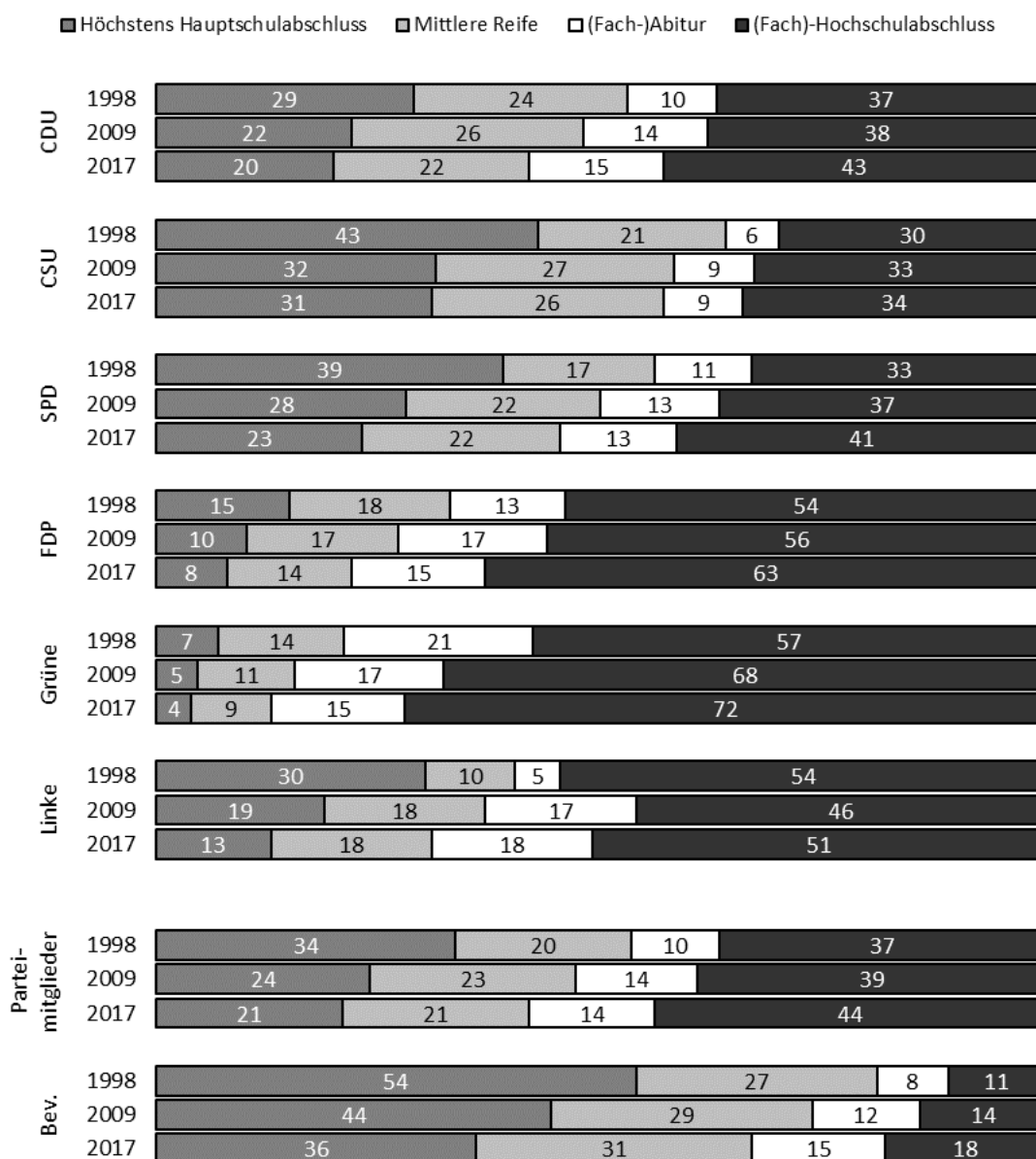
In Bezug auf die in Abbildung 4 dokumentierten Bildungsabschlüsse zeigen sich klar erkennbare Unterschiede zwischen den Parteimitgliedschaften. Bei Bündnis 90/Die Grünen ist der Anteil der (Fach-)Hochschulabsolventen zu allen drei Zeitpunkten am höchsten. 2017 betrug er 72 Prozent. Weitere 15 Prozent der Mitglieder der Grünen verfügten zu diesem Zeitpunkt zumindest über ein (Fach-)Abitur. Der Bildungsgrad der Mitglieder der FDP lag mit 63 Prozent (Fach-)Hochschulabsolventen ebenfalls auf einem sehr hohen Niveau. Bei der Linken wiesen 2017 51 Prozent einen (Fach-)Hochschulabschluss auf, während der entsprechende Anteil unter

den Mitgliedern der CDU und der SPD 43 beziehungsweise 41 Prozent betrug. Das Schlusslicht bildet die CSU. Von ihren Mitgliedern hatten 34 Prozent eine (Fach-)Hochschule absolviert. Bei allen Parteien ist über die Zeit das Bildungsniveau der Mitglieder gestiegen.

Bei den untersuchten Parteimitgliedern in ihrer Gesamtheit zeigt sich ein Anstieg der (Fach-)Hochschulabsolventen zwischen 1998 und 2017 von 37 auf 44 Prozent. Der Anteil der Mitglieder, die zumindest über ein (Fach-)Abitur verfügen, wuchs gleichzeitig von zehn auf 14 Prozent an. Vergleicht man diese Zahlen mit der Bildungsverteilung in der Bevölkerung, ist das Bildungsniveau der Parteimitglieder zu allen Zeitpunkten deutlich überdurchschnittlich.

Aufgrund des steigenden Bildungsniveaus auch der Bevölkerung insgesamt geht der Grad der Überrepräsentation Hochgebildeter in den Parteien allerdings leicht zurück: 1998 gab es unter den Parteimitgliedern noch fast dreieinhalbmal so viele Hochschulabsolventen wie in der Bevölkerung, 2017 ist dieses Verhältnis auf das Zweieinhalbfache gesunken.

Abbildung 4: Die Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften und der Bevölkerung nach beruflicher Stellung der aktuell oder ehemals Erwerbstätigen (1998, 2009 und 2017)



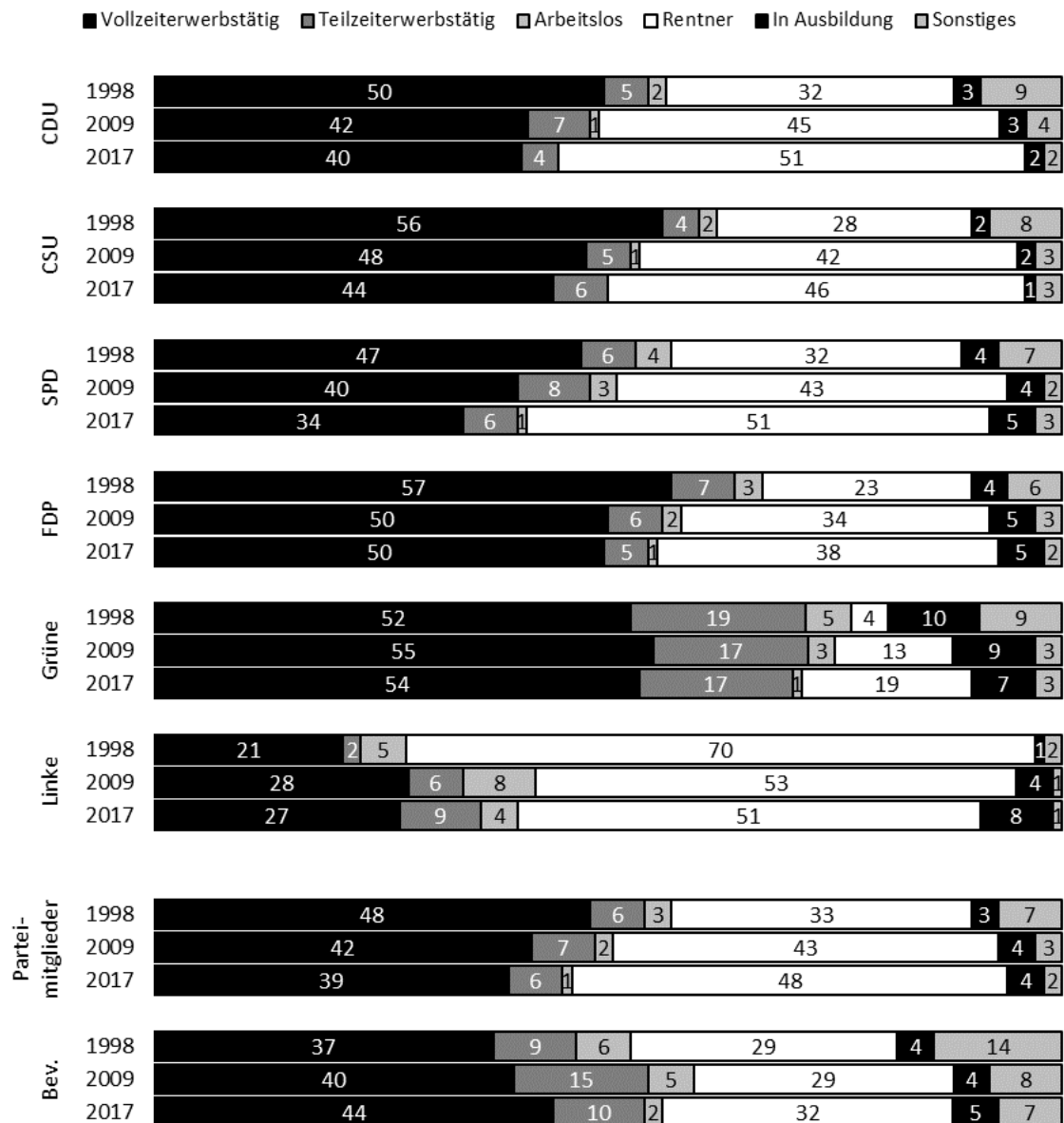
## 5. Erwerbsstatus

Angesichts ihrer altersmäßigen Zusammensetzung wenig überraschend, aber dennoch bemerkenswert ist die Tatsache, dass sich im Jahre 2017 knapp die Hälfte der untersuchten Parteimitglieder im Ruhestand befand (vgl. Abbildung 5). Ihr Anteil lag damit fast zehn Prozentpunkte höher als jener der Vollzeitbeschäftigten unter den Parteimitgliedern und außerdem 16 Prozentpunkte über dem Anteil der Rentner in der Bevölkerung. Richtet man den Blick auf die Mitgliedschaften der einzelnen Parteien, dann stellt sich die Situation bei der CDU, der CSU und der SPD besonders gravierend dar. Hier ist der Anteil der Ruheständler an der

Mitgliedschaft zwischen 1998 und 2017 jeweils um knapp 20 Prozentpunkte angestiegen. Von den Mitgliedern der SPD ging 2017 nur noch gut ein Drittel einer Vollzeit-erwerbstätigkeit nach.

Am höchsten liegt der Anteil der Erwerbstätigen erwartungsgemäß unter den (vergleichsweise jungen) Mitgliedern von Bündnis 90/Die Grünen. Hier übten 54 Prozent eine Vollzeit- und weitere 17 Prozent eine Teilzeiterwerbstätigkeit aus. Ruheständler machten 2017 nur 19 Prozent der Mitgliedschaft aus, ein Anstieg um 15 Prozentpunkte seit 1998. In besonderer Weise hat sich der Anteil der Ruheständler unter den Mitgliedern der Linken entwickelt. Hier ist er zwischen 1998 und 2017 von 70 auf 51 Prozent zurückgegangen. Dies reflektiert eine entsprechende Entwicklung der altersmäßigen Zusammensetzung der Mitgliedschaft, die letztlich wohl auf das sukzessive Ableben ehemaliger SED-Mitglieder zurückzuführen ist. Aber auch 2017 hatte die Linke von allen Parteien noch den geringsten Anteil an Erwerbstätigen. Nur 27 Prozent gingen einer Vollzeit-erwerbstätigkeit nach und weitere neun Prozent arbeiteten Teilzeit.

Abbildung 5: Die Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften und der Bevölkerung nach Erwerbsstatus (1998, 2009 und 2017)



## 6. Berufliche Stellung

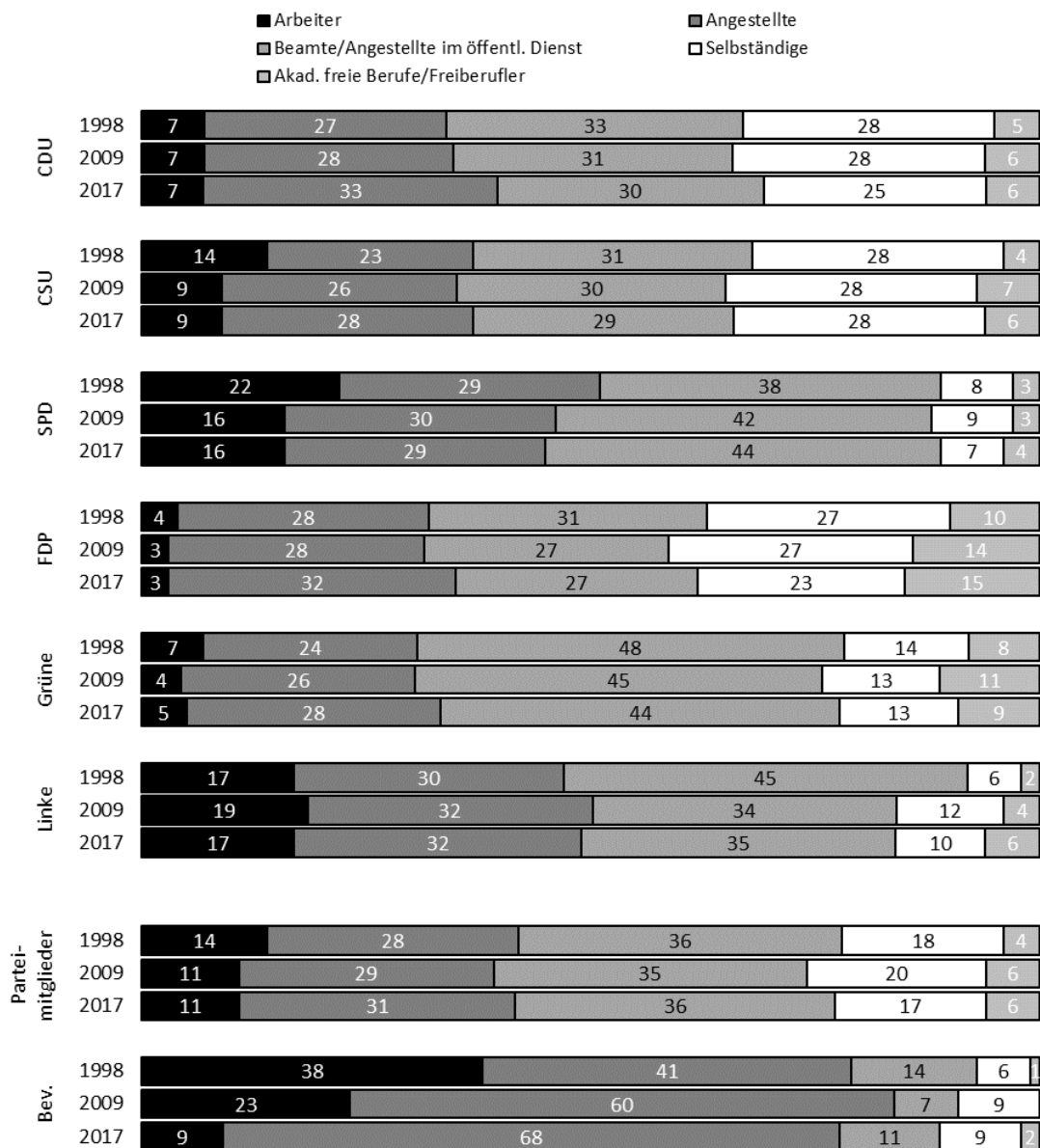
Hinsichtlich der beruflichen Stellung der aktuell oder ehemals erwerbstätigen Parteimitglieder ergeben sich klare Abweichungen zur Situation in der Gesamtbevölkerung (vgl. Abbildung 6). Während 2017 der Anteil der Selbständigen und Freiberufler in der Bevölkerung bei elf Prozent lag, betrug er unter den Parteimitgliedern 23 Prozent. Elf Prozent im öffentlichen Dienst beschäftigten Angestellten und Beamten in der Bevölkerung standen 36 Prozent unter den Parteimitgliedern gegenüber. Selbständige und Freiberufler waren 2017 unter den Parteimitgliedern folglich um das Doppelte und die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes um das

Dreieinhalbfache überrepräsentiert. Alle drei Gruppen zusammen machten knapp 60 Prozent der aktuell oder ehemals erwerbstätigen Parteimitglieder aus. In der Bevölkerung betrug der entsprechende Anteil nur etwas mehr als 20 Prozent.

Bei der beruflichen Stellung ergeben sich deutliche Unterschiede zwischen den Unionsparteien und der FDP auf der einen, der SPD und der Linken auf der anderen Seite. In den Unionsparteien war ungefähr jeder Dritte selbständig oder Freiberufler. Bei der FDP lag der entsprechende Anteil sogar um die 40 Prozent, bei der SPD hingegen entsprach er in etwa dem Bevölkerungsanteil, bei der Linken rangierte er knapp darüber. Bündnis 90/Die Grünen nahmen eine Mittelstellung ein: In ihren Reihen waren Selbständige und Freiberufler ungefähr doppelt so stark vertreten wie in der Bevölkerung. Bei der SPD und den Grünen war 2017 der Anteil der im öffentlichen Dienst Beschäftigten mit 44 Prozent viermal so hoch wie in der Bevölkerung, bei der CDU, der CSU, der FDP und der Linken immerhin noch um etwa das Dreifache erhöht.

Interessant ist abschließend auch ein Blick auf den Arbeiteranteil. Dieser lag im Jahr 2017 unter den Mitgliedern der Linken mit 17 Prozent am höchsten, gefolgt von der SPD mit 16 Prozent. Selbst in den Parteien der politischen Linken, insbesondere aber der ehemaligen Arbeiterpartei SPD, machten die Arbeiter also nur einen sehr kleinen Teil der Mitgliedschaft aus. Allerdings fiel ihr Anteil hier jeweils knapp doppelt so hoch aus, wie der im Rahmen unserer Bevölkerungsumfrage ermittelte Anteil unter allen aktuell oder ehemals Erwerbstätigen.

Abbildung 6: Die Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften und der Bevölkerung nach beruflicher Stellung der aktuell oder ehemals Erwerbstätigen (1998, 2009 und 2017)



## 7. Subjektive Schichtzugehörigkeit

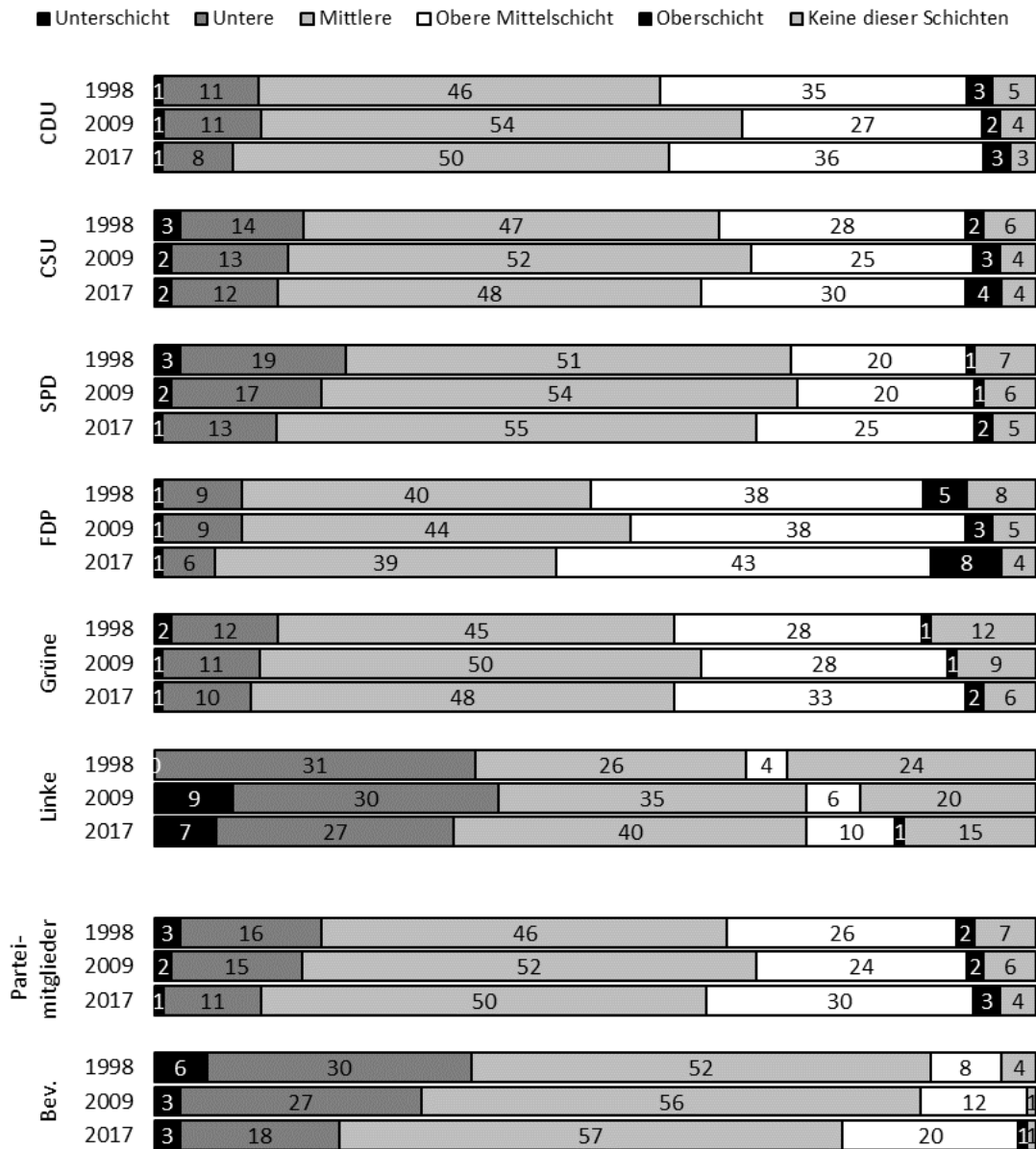
Die sozialstrukturelle Zusammensetzung der deutschen Parteimitgliedschaften kann aber nicht nur mit objektiven Indikatoren beschrieben werden. Mindestens genauso wichtig ist die subjektive Wahrnehmung und Beurteilung der eigenen sozialen Position durch den Einzelnen. Ein gängiges Vorgehen besteht in diesem Zusammenhang darin, die Befragten zu bitten, sich einer sozialen Schicht zuzuordnen. Dabei wird in der Regel zwischen der Unterschicht, der unteren, mittleren und oberen Mittelschicht sowie der Oberschicht unterschieden. Eine entsprechende Frage findet sich auch in den Deutschen Parteimitgliederstudien.



Abbildung 7 zeigt, dass sich die Parteimitglieder im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sozial etwas höher einstufen. So rechneten sich 2017 21 Prozent der befragten Bürger der Unterschicht oder der unteren Mittelschicht zu. Unter den Parteimitgliedern taten dies nur zwölf Prozent. Gleichzeitig gruppierte sich ein Drittel der Parteimitglieder in der oberen Mittelschicht oder der Oberschicht ein, während der entsprechende Anteil in der Bevölkerung nur 21 Prozent betrug.

Besonders deutliche Abweichungen von der Bevölkerung traten bei der FDP und der Linken zutage. Im Falle der FDP fiel die Selbsteinstufung der Mitglieder besonders positiv aus. 43 Prozent sahen sich als Angehörige der oberen Mittelschicht, und immerhin acht Prozent rechneten sich der Oberschicht zu. Bei der Linken fällt zunächst ins Auge, dass sich mit 15 Prozent ein relativ großer Teil der Mitglieder keiner dieser Schichten zuordnet. 1998 waren es sogar noch 24 Prozent. Hier mag eine Rolle spielen, dass die noch prägend in der ehemaligen DDR sozialisierten Mitglieder mit dem Konzept der sozialen Schicht nicht viel anfangen können und noch eher im Sinne von Klassenzugehörigkeiten denken. Darüber hinaus lag unter den Mitgliedern der Linken aber auch der Anteil derjenigen, die sich der Unterschicht oder der unteren Mittelschicht zugehörig fühlten, mit 34 Prozent deutlich höher als bei allen anderen Parteien, aber auch höher als in der Bevölkerung insgesamt.

Abbildung 7: Die Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften und der Bevölkerung nach subjektiver Schichtzugehörigkeit (1998, 2009 und 2017)



## 8. Gewerkschaftsmitgliedschaft

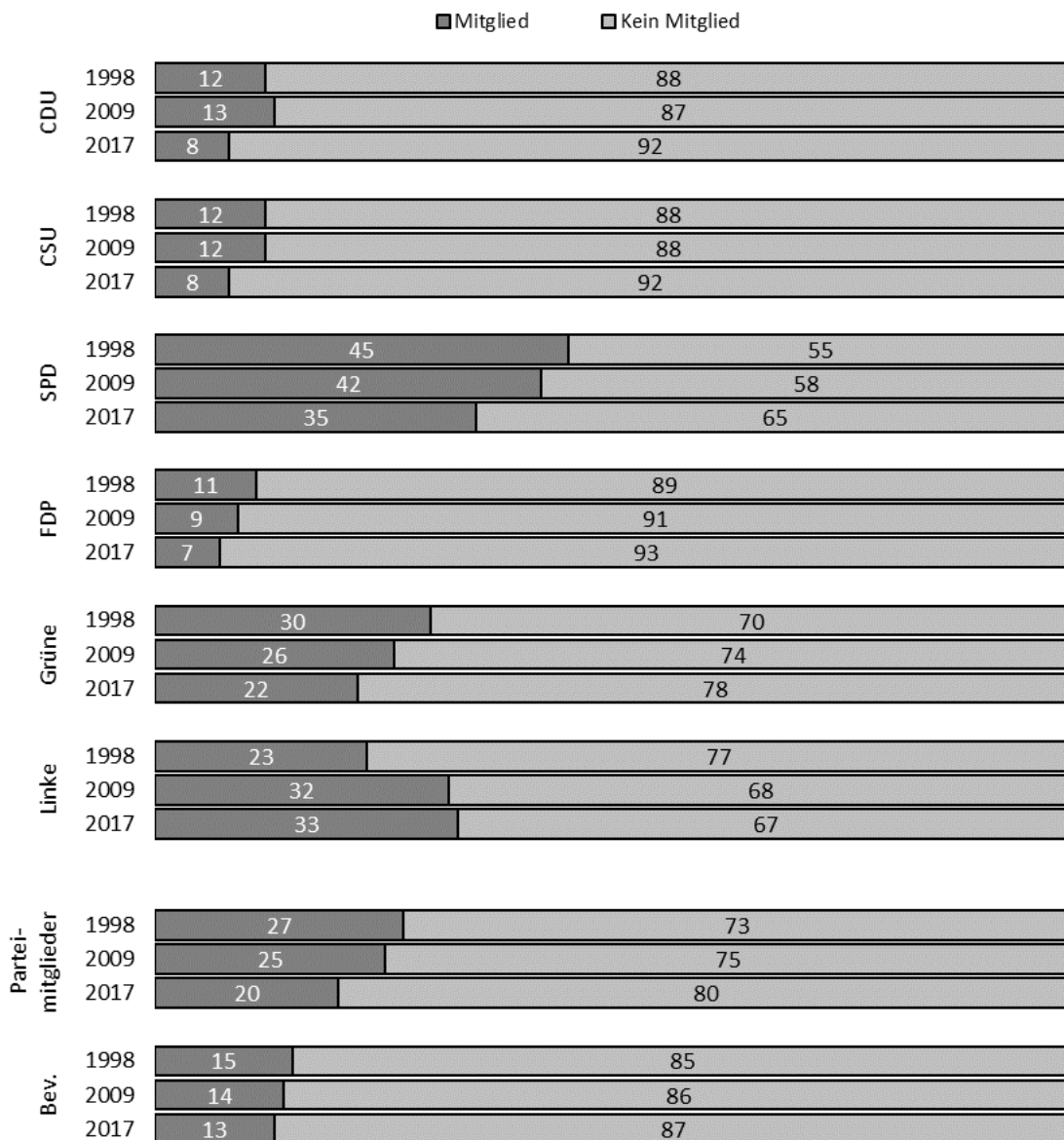
Einer der wichtigsten Ansätze innerhalb der Parteienforschung ist die Cleavage-Theorie. In ihrem Rahmen wird die Entstehung politischer Parteien auf die Politisierung gesellschaftlicher Großkonflikte zurückgeführt. Für die Struktur des deutschen Parteiensystems seien dabei der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit sowie zwischen Staat und Kirche besonders einflussreich gewesen.<sup>10</sup> In diesem und dem nächsten Abschnitt soll vor diesem Hintergrund geprüft werden, inwieweit sich dies noch heute in der Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften widerspiegelt. Untersucht wird dabei die Mitgliedschaft in zwei wichtigen, an den eben genannten

Konflikten maßgeblich beteiligten gesellschaftlichen Kollateralorganisationen: den Gewerkschaften und den christlichen Kirchen.

Wie aus Abbildung 8 zu ersehen<sup>11</sup>, war in der Bevölkerung insgesamt der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Personen zwischen 1998 und 2017 leicht rückläufig und reduziert sich von 15 auf 13 Prozent. Unter den Parteimitgliedern waren Gewerkschafter zu allen drei Zeitpunkten überrepräsentiert, allerdings mit abnehmender Tendenz. 2017 war noch jedes fünfte Parteimitglied gleichzeitig auch Mitglied einer Gewerkschaft, während dies 1998 noch auf 27 Prozent zutraf.

Den höchsten Anteil an Gewerkschaftsmitgliedern wies 2017 die SPD mit 35 Prozent auf, allerdings mit einem Rückgang seit 1998 um zehn Prozentpunkte. Die Linke, bei der der Gewerkschafteranteil anders als bei allen anderen Parteien eine steigende Tendenz aufweist, hatte 2017 mit 33 Prozent die SPD fast eingeholt.

Abbildung 8: Die Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften und der Bevölkerung nach Gewerkschaftsmitgliedschaft (1998, 2009 und 2017)



## 9. Konfessionszugehörigkeit

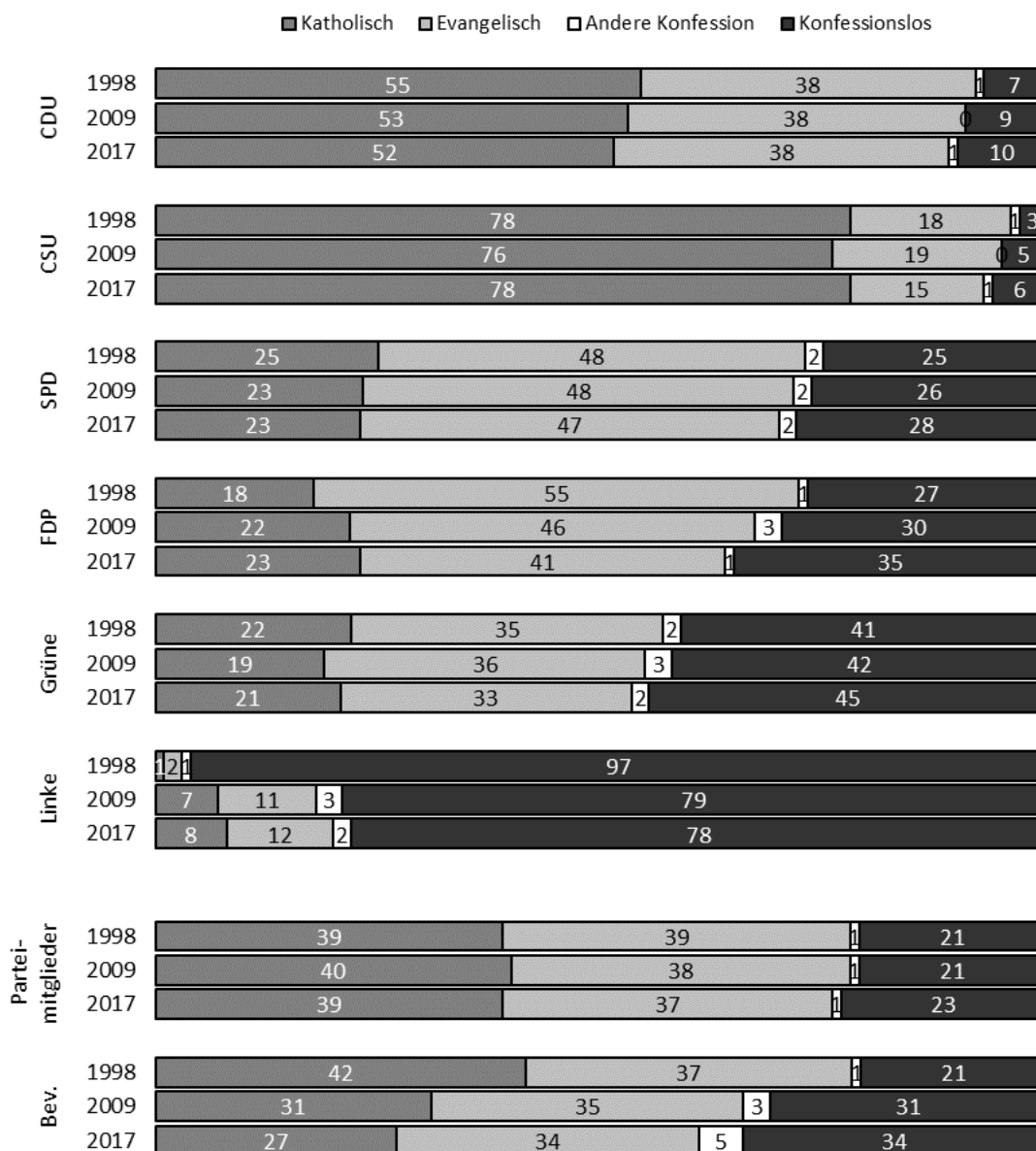
In der deutschen Bevölkerung insgesamt lassen sich über die letzten 20 Jahre hinweg klare Indizien für einen Prozess der gesellschaftlichen Säkularisierung beobachten (vgl. Abbildung 9): So stieg der Anteil der konfessionell Ungebundenen von 21 auf 34 Prozent an, während gleichzeitig der Anteil der Konfessionsangehörigen der beiden großen christlichen Kirchen von 79 auf 61 Prozent sank. Alle anderen Konfessionen wuchsen von einem auf fünf Prozent an. Relativ stabil ist demgegenüber die konfessionelle Zusammensetzung der deutschen

Parteimitglieder insgesamt: Zu allen drei Zeitpunkten gehörten jeweils knapp 40 Prozent der evangelischen und der katholischen Kirche an; weitere gut 20 Prozent sind konfessionslos.

Richtet man den Blick auf die Mitgliedschaften der einzelnen Parteien, erkennt man dramatische Unterschiede, die sich mit den Implikationen der Cleavage-Theorie weitgehend decken: Die Mitglieder der beiden Unionsparteien sind jeweils zu mindestens 90 Prozent Angehörige einer der beiden großen christlichen Religionsgemeinschaften. In der CSU dominiert dabei die katholische Kirche deutlich stärker als in der CDU. Der Anteil der Konfessionslosen ist in beiden Parteien äußerst gering und weist jeweils auch nur eine leicht steigende Tendenz auf. Bündnis 90/Die Grünen sowie SPD und FDP verfügten im Jahr 2017 über einen Katholikenanteil von nur 21 beziehungsweise 23 Prozent. Eine klare Abstufung gibt es zwischen diesen drei Parteien allerdings im Hinblick auf den Anteil der Protestanten. Im Falle der SPD betrug dieser 2017 immerhin 47 Prozent, bei der FDP 41 Prozent und bei Bündnis 90/Die Grünen 33 Prozent. 28, 35 beziehungsweise 45 Prozent der Mitglieder in diesen drei Parteien waren konfessionslos, und zwar mit steigender Tendenz, allerdings langsamer als in der Bevölkerung insgesamt.

Die Linke bildet erneut einen Sonderfall: Betrug der Anteil der Konfessionslosen unter ihren Mitgliedern 1998 noch 97 Prozent, so war er 2017 auf 78 Prozent zurückgegangen. Im Prozess der bundesweiten Ausdehnung der Linken haben auch Angehörige der christlichen Kirchen zur Partei gefunden, so dass sich die Dominanz der Konfessionslosen im Zeitverlauf leicht abschwächte.

Abbildung 9: Die Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften und der Bevölkerung nach Konfessionszugehörigkeit (1998, 2009 und 2017)



## 10. Verzerre Repräsentation? Die gesellschaftliche Verwurzelung der deutschen Parteien

Über die auf die Merkmale Geschlecht und Alter beschränkten Veröffentlichungen Niedermaiers hinaus gibt es kaum weiterführende Informationen über die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaften der deutschen Parteien. Dass allerdings ein großer Bedarf an solchen Informationen besteht, konnten wir daran ablesen, dass das entsprechende Kapitel aus unserem Berichtsband zur Deutschen Parteimitgliederstudie 2009<sup>12</sup> sowohl die höchsten Downloadzahlen<sup>13</sup> als auch die meisten Zitationen<sup>14</sup> aller Kapitel dieses Bandes verzeichnen konnte. Wir haben uns daher entschlossen, die entsprechenden Ergebnisse der Deutschen Parteimitgliederstudie

2017 während ihrer noch andauernden detaillierten Auswertung hier bereits zu einem relativ frühen Zeitpunkt zugänglich zu machen. Eine umfassende Auswertung der Deutschen Parteimitgliederstudie 2017 wird voraussichtlich 2020 als Monographie erscheinen. Gleiches gilt für eine Reihe derzeit in Arbeit befindlicher Aufsatzpublikationen zu spezifischen Teilaspekten der Studie.

Für eine inhaltliche Würdigung der hier dokumentierten Zahlen zur Sozialstruktur der Parteimitgliedschaften kann man zwei Perspektiven einnehmen. Zum einen kann gefragt werden, worin sich Parteimitglieder generell von der Bevölkerung unterscheiden. Zum anderen kann man die Unterschiede zwischen den Mitgliedschaften der verschiedenen Parteien in den Blick nehmen. Beide Perspektiven können zudem noch um eine zeitliche Dimension ergänzt werden.

(1) Im Hinblick auf den Vergleich zur Bevölkerung muss zunächst auf die Unterschiede in der Geschlechterverteilung hingewiesen werden. Frauen sind bis heute in den Parteien deutlich unterrepräsentiert, legt man ihren Anteil an der Bevölkerung als Maßstab an. Eine merkliche Verbesserung dieses Zustands lässt sich über die Zeit nicht beobachten. Prognosen fallen vor diesem Hintergrund schwer. Deutliche Abweichungen gibt es darüber hinaus auch im Hinblick auf das Alter. Die Parteimitgliedschaften sind deutlich überaltert, und diese Situation hat sich in den letzten Jahren dramatisch zugespitzt. In den nächsten beiden Jahrzehnten ist zu erwarten, dass die Mitgliederzahlen der Parteien aufgrund einer großen Zahl von Todesfällen deutlich rückläufig sein werden<sup>15</sup> und sich so die altersmäßige Zusammensetzung der Parteien wieder stärker an diejenige der Bevölkerung insgesamt angleichen wird. Entsprechendes wird in Bezug auf den Erwerbsstatus passieren. Die deutliche Überrepräsentation von Ruheständlern in den Parteien wird sich mit dem Ableben der älteren Mitglieder wieder relativieren.

Weitere Unterschiede zwischen der Bevölkerung und den Parteimitgliedern lassen sich relativ gut durch die Ressourcentheorie politischer Partizipation<sup>16</sup> erklären. Diese besagt, dass die politische Beteiligung einer Person umso wahrscheinlicher ist, je umfassender ihre Ausstattung mit handlungsrelevanten Ressourcen ist. Solche Ressourcen können beispielsweise sprachliche und organisatorische Kompetenz sowie Geld und Zeit darstellen. Dies mag erklären, warum Höhergebildete, Personen mit höherem sozialen Status und Selbständige unter den Mitgliedern der Parteien überrepräsentiert sind. Interpretiert man das politische Interesse ebenfalls im Sinne einer handlungsrelevanten Ressource, kann die Unterrepräsentation von Frauen in den Parteimitgliedschaften auch durch die Ressourcentheorie politischer Partizipation erklärt werden. Die Überrepräsentation von Personen aus dem öffentlichen Dienst wird hingegen vermutlich eher

darauf zurückzuführen sein, dass bei diesen die Mitgliedschaft in einer Partei karrierefördernde Wirkungen entfalten kann (oder zumindest lange Zeit konnte).

(2) Gleichzeitig bestehen aber auch deutliche Unterschiede zwischen den Mitgliedschaften der verschiedenen Parteien fort, die weitgehend mit den Implikationen der Cleavage-Theorie in Einklang stehen. Mit am deutlichsten sind diese bei der Konfessionszugehörigkeit. Die Mitglieder der Unionsparteien sind bis heute in ihrer überwältigenden Mehrheit Angehörige der christlichen Kirchen. Das andere Ende des Spektrums markiert die Linke, deren Mitglieder zu 80 Prozent konfessionslos sind. Unterschiede gibt es auch in Bezug auf die Gewerkschaftsmitgliedschaft. Diese ist mit der SPD und der Linken vor allem unter den Mitgliedern derjenigen Parteien häufiger verbreitet, die in der Tradition der Arbeiterbewegung stehen und in deren politischem Selbstverständnis dem Wert der sozialen Gerechtigkeit große Bedeutung zukommt.

Von einiger normativer Brisanz ist vor allem unser Befund fortbestehender Diskrepanzen zwischen der sozialen Zusammensetzung der Parteimitglieder auf der einen und der allgemeinen Bevölkerung auf der anderen Seite. Denn wenn politische Parteien die zentralen Vermittlungsinstanzen zwischen der Gesellschaft und dem Staat sind, dann geht mit einer sozial verzerrten Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaften auch die Gefahr einer sozial verzerrten politischen Repräsentation einher. Dies wird aus unserer Sicht nur teilweise dadurch kompensiert, dass in der Gruppe der Parteimitglieder unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen in einzelnen Parteien überproportional häufig vertreten sind. Im Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung sind die Gefahren einer sozial verzerrten politischen Partizipation in den vergangenen Jahren wieder intensiver diskutiert worden.<sup>17</sup> Im Hinblick auf die innerparteiliche Partizipation ist dieses Problem nach unserem Eindruck aber etwas aus dem Blick geraten.<sup>18</sup> Die langfristig angelegte Sozialberichterstattung über die Parteimitglieder im Rahmen der Deutschen Parteimitgliederstudien kann hier einen Beitrag zur Sensibilisierung der Wissenschaft und der Öffentlichkeit leisten.

---

<sup>1</sup> Vgl. zuerst Oskar Niedermayer, Entwicklung und Sozialstruktur der Parteimitgliedschaften im ersten Jahrzehnt nach der Vereinigung, in: ZParl, 32. Jg. (2001), H. 2, S. 434 – 439 und zuletzt ders., Parteimitgliedschaften im Jahr 2017, in: ZParl, 49. Jg. (2018), H. 2, S. 346 – 371.

<sup>2</sup> Vgl. hierzu ursprünglich Don A. Dillman, Mail and Telephone Surveys: The Total Design Method, New York 1978.

<sup>3</sup> Zwar war zum Zeitpunkt der Datenerhebung der aktuellen Deutschen Parteimitgliederstudie (März/April 2017) abzusehen, dass die AfD bei der Bundestagswahl 2017 mit hoher Wahrscheinlichkeit den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde schaffen würde. Die Vorarbeiten für die Parteimitgliederstudie 2017 begannen aber bereits Mitte 2015. Zu diesem Zeitpunkt war keine verlässliche Prognose über den Ausgang der Bundestagswahl 2017 möglich.

<sup>4</sup> Eine Ausnahme stellte im Jahr 2017 die FDP dar. Da ihr damaliger Bundesgeschäftsführer eine Überbeanspruchung der FDP-Bundesgeschäftsstelle befürchtete, wurden die Fragebögen über die Universität Siegen verschickt.



---

<sup>5</sup> Im Jahr 1998 war dies die Universität Potsdam, 2009 die Universität Düsseldorf und 2017 die Universität Siegen.

<sup>6</sup> Die begleitende Bevölkerungsbefragung fand 1998 in Form persönlicher Interviews statt (Paper- and-Pencil-Interview – PAPI). 2009 und 2017 erfolgte die Datenerhebung telefonisch (Computer Assisted Telephone Interview – CATI).

<sup>7</sup> Da in der Bevölkerungsbefragung der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009 nicht nach einem (Fach-)Hochschulabschluss gefragt wurde, war in diesem Jahr keine Vergleichsmöglichkeit zur Mitgliederbefragung gegeben. Die Stichprobe der Bevölkerungsbefragung 2017 erwies sich zudem im Hinblick auf die bildungsmäßige Zusammensetzung als verzerrt.

<sup>8</sup> Die Vergleiche zu den Zahlen von Oskar Niedermayer sind hier aus Platzgründen nicht dokumentiert, können vom interessierten Leser aber jederzeit leicht selbst vorgenommen werden.

<sup>9</sup> In den Daten von Oskar Niedermayer lässt sich zwischen 1998 und 2017 allerdings ein Anstieg des Frauenanteils in der Mitgliedschaft von Bündnis 90/Die Grünen von 35,9 auf 39,8 Prozent beobachten.

<sup>10</sup> Vgl. Seymour Martin Lipset / Stein Rokkan, *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction*, in: dies. (Hrsg.) *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York / London 1967, S. 1 – 64.

<sup>11</sup> In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass die hier berichteten Zahlen nicht dem klassischen Konzept des gewerkschaftlichen Organisationsgrades entsprechen. Letzterer errechnet sich als der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an den Erwerbstätigen. Wir berichten hier den Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an allen Parteimitgliedern beziehungsweise der Bevölkerung insgesamt.

<sup>12</sup> Vgl. Markus Klein, *Wie sind die Parteien gesellschaftlich verwurzelt?*, in: Tim Spier / Markus Klein / Ulrich von Alemann / Hanna Hoffmann / Annika Laux / Alexandra Nonnenmacher / Katharina Rohrbach (Hrsg.), *Parteimitglieder in Deutschland*, Wiesbaden 2011, S. 39 – 59.

<sup>13</sup> Vgl. <http://www.bookmetrix.com/detail/book/696b80c4-0034-4d8c-8bf5-0f5d8109e677#downloads> (Abruf am 24. August 2018).

<sup>14</sup> Vgl. [http://www.bookmetrix.com/detail\\_full/book/696b80c4-0034-4d8c-8bf5-0f5d8109e677# citations](http://www.bookmetrix.com/detail_full/book/696b80c4-0034-4d8c-8bf5-0f5d8109e677# citations) (Abruf am 24. August 2018).

<sup>15</sup> Vgl. Elmar Wiesendahl / Benjamin Höhne / Malte Cordes, *Mitgliederparteien – Niedergang ohne Ende?*, in: *ZParl*, 49. Jg. (2018), H. 2, S. 304 – 324.

<sup>16</sup> Vgl. hierzu ursprünglich Sidney Verba / Norman H. Nie, *Participation in America. Political Democracy and Social Equality*, London 1972.

<sup>17</sup> Vgl. unter anderem Armin Schäfer, *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*, Frankfurt am Main 2015.

<sup>18</sup> Vgl. allerdings Heiko Biehl, *Nur noch Sprachrohr von Gewinnern? Repräsentation sozial schwacher Bevölkerungsgruppen durch politische Parteien*, in: Markus Linden / Winfried Thaa (Hrsg.), *Ungleichheit und politische Repräsentation*, Baden-Baden 2014, S. 107 – 124.